

Kraukauer Zeitung.

Nr. 221.

Dinstag den 29. September

1863.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Kraukau 3 fl., mit Verfrachtung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 9 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VII. Jahrgang.

Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeile für die erste Einrückung 7 Mrk. für jede weitere Einrückung 3 1/2 Mrk. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Mrk. — Anzeigen-Bestellungen und Belohnungen übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. October l. J. beginnende neue Quartal der

„Kraukauer Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. October bis Ende December 1863 beträgt für Kraukau 3 fl., für auswärtig mit Inbegriff der Postverfrachtung, 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Kraukau mit 1 fl., für auswärtig mit 1 fl. 35 Kr. berechnet.

Amtlicher Theil.

Nr. 4273.

Das hohe Staatsministerium hat zu Gunsten der durch eine Feuersbrunst am 17. Juli d. J. betroffenen Einwohner der Bezirksstadt Brzesko eine Sammlung milder Beiträge im Umfange des ganzen Kaiserstaates bewilligt.

Die einfließenden Gaben werden an den Kraukauer Herrn f. f. Kreisvorsteher geleitet und von demselben ihrer Bestimmung entgegengeführt werden.

Vom Präsidium der f. f. Statthalterei-Commission.

Kraukau, am 26. September 1863.

Nr. 16376.

Die Gemeinde Dembowa (Tarnower Kreises) hat sich im Zwecke der Dotirung einer Pfarrschule im Orte verbindlich gemacht:

1. Zum Unterhalte des Lehrers jährlich 120 fl. österr. Währ. beizutragen.
2. Ein angemessenes Schulhaus auf dem von der Gutsfrau Apolonia Jordan zugewiesenen Plage bis längstens 1. Juli 1864 zu erbauen und bis dahin auch die nöthigen Schuleinrichtungsstücke anzuschaffen.
3. Dieses Schulhaus stets im guten Stande zu erhalten und für die Schulaufhebung Sorge zu tragen.
4. Das von der Gutsfrau zur Schulbeheizung zugesicherte Brennholz jährlich 6 Klafter unentgeltlich zu fällen und zuzuführen.

Die Gutsfrau hat außerdem noch 40 Stück Bauholz, 20 Dachsparren und die zur Bedienung erforderlichen Latten zugesichert.

Dieses bethätigte Streben zur Hebung der Volksbildung wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Kraukau, am 24. September 1863.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 19. September d. J. dem auf sein Ansuchen in den bleibenden Ruhestand versetzten Rechnungsexpediten der technischen Rechnungsabtheilung der aufgelösten böhmischen Vaudirection Franz Steiner in Anerkennung seiner vielfährigen treuen und vorzüglichen Dienstleistung das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 21. September d. J. in Anerkennung der durch viele Jahre mit Aufopferung in ihrem schweren Dienste geleisteten Dienste dem Führer-Dieselwibel Peter Schan, dem Corporalen Johann Gzifos und dem Gemeinen Andreas Haril vom Stande

des Aufsehts- und Wartpersonales der Militärremanstalt zu Tarnau, und zwar ersterem das silberne Verdienstkreuz mit der Krone und den beiden letzteren das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 19. September d. J. dem Feldwebel Bogdan Prica, des Drocjaner Grenzfahnenregiments Nr. 2, in Anerkennung der von ihm mit eigener Lebensgefahr muthvoll bewirkten Rettung eines Menschen vom sicheren Tode des Ertrinkens das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 17. September d. J. allergnädigst anzuordnen geruht, daß dem Unterlieutenant erster Classe Marcus v. Czernien, des Allerhöchstherrn Namen führenden Genieregiments Nr. 1, für die mit muthiger Selbstaufopferung vollbrachte Rettung mehrerer Kinder vom Tode des Verbrennens der Ausdruck der Allerhöchsten Zufriedenheit bekanntgegeben werde.

Veränderungen in der k. k. Armee.

Ernennung:

Der Hauptmann erster Classe Gustav Stach, des Infanterieregiments Graf Rhevenhüller Nr. 35, zum Major im Armeekorps mit der Bestimmung als zweiter zugehöriger Stabsadjutant bei der ersten Abtheilung des Landesgeneralcommando in Wien.

Verleihung:

Dem Oberkriegscommissär erster Classe des Ruhestandes, Carl Uibl, der Titel eines f. f. Hofrathes.

Pensionirungen:

Der bei der ersten Abtheilung des Landesgeneralcommando in Wien in der Dienstverwendung stehende Major Joseph Dwojaczek, des Infanterieregiments Prinz Gustav von Wassa Nr. 60; der Major Franz Hamerl, des Infanterieregiments Großherzog Ferdinand IV. von Toscana Nr. 66, und der Rittmeister erster Classe Friedrich Freiherr v. Schiller, des Kürassierregiments Kaiser Nicolaus I. von Rußland Nr. 5, mit Majorscharakter ad honores.

Der Staatsminister hat über Vorschlag des bischöflichen Ordinariats in Linz den Cooperator der Pfarrkirche S. Joseph Schwaninger zum Religionslehrer an der selbstständigen Unterrealschule in S. ernannt.

Das Finanzministerium hat den Adjuncten bei den Staats-Hauptcassen Alois Pietrowsky zum Cassier daselbst ernannt.

Die Oberste Rechnungscontrollbehörde hat eine bei der niederösterreichischen Staatsbuchhaltung in Erledigung gekommene Rechnungsrathsstelle dem dortigen Rechnungsofficial Joseph Wühlhauser verliehen.

Nichtamtlicher Theil.

Kraukau, 29. September.

Dem „Fr. J.“ wird aus Kassel das Schreiben mitgetheilt, welches der König von Preußen bezüglich der Reformprojecte an die deutschen Fürsten unter dem 22. d. M. gerichtet hat. Es lautet:

Durch das Schreiben, welches Sw. rc. in Gemeinschaft mit anderen deutschen Fürsten und Vertretern der freien Städte am 1. d. M. an mich gerichtet haben, sind die in Frankfurt a. M. berathenen Bundesreformvorschläge zu meiner Kenntniß gelangt. Ich habe dieselben der sorgfältigen Erwägung unterzogen, welche ich in meinem, am 20. v. an Se. Majestät den Kaiser von Oesterreich nach Frankfurt a. M. gerichteten Schreiben zugesagt hatte. Diese Prüfung hat mir nicht die Ueberzeugung gewähren können, daß die vorgeschlagene Reformacte in ihrer gegenwärtigen Gestalt geeignet sei, einen Abschluß unserer vielfährigen Bemühungen um die Verbesserung der Bundesverfassung zu bilden. In dem Entwurfe habe ich nicht den Ausdruck

der wirklichen Verhältnisse und Bedürfnisse, deren Berücksichtigung allein einem solchen Werke Leben und Dauer verleihen kann, zu erkennen vermocht.

Ich darf daher nicht zögern, Sw. rc., wenn auch mit Bedauern, auszusprechen, daß meine Pflicht als König von Preußen und als deutscher Fürst es mir nicht gestattet, den mir mitgetheilten Entwurf als die Grundlage einer neuen Bundesverfassung anzunehmen.

Ich vermag in eine Erweiterung des bisherigen verfassungsmäßigen Bundeszweckes und der Kompetenz der Bundescentralbehörde nur dann zu willigen, wenn dieselbe mit voller und gerechter Rücksichtnahme auf das Gewicht Preußens im Bunde und auf die Gesamt-Interessen der deutschen Nation erfolgt. In diesem Sinne betrachte ich als Vorbedingung meiner Zustimmung zu einer durchgreifenden Reform der bestehenden Bundesverträge die Verständigung über 3 Punkte, mit deren näherer Darlegung bei Sw. rc. Regierung ich meinen Minister der auswärtigen Angelegenheiten beauftragt habe. Dieselben betreffen:

1. Das Veto Preußens und Oesterreichs mindestens gegen jeden Bundeskrieg, welcher nicht zur Abwehr eines Angriffes auf das Bundesgebiet unternommen wird.
2. Die volle Gleichberechtigung Preußens mit Oesterreich zum Vorstehe und zur Leitung der Bundesangelegenheiten.
3. Eine Volksvertretung, welche nicht aus Delegation, sondern aus directen Wahlen nach Maßgabe der Bevölkerung der einzelnen Staaten hervorgeht und deren Befugnisse zu beschließender Mitwirkung in Bundesangelegenheiten Gegenstand der Verhandlung, aber jedenfalls ausgeübt zu werden sein würden, als in dem vorliegenden Entwurfe einer Reformacte der Fall ist.

Vor einer Verständigung über diese Grundlage kann ich ein gedeihliches Ergebnis der Erörterung der sonstigen Einzelheiten des mir mitgetheilten Entwurfes nicht in Aussicht nehmen. Ich habe daher meinen Minister der auswärtigen Angelegenheiten den Auftrag ertheilt, über die erstere zunächst mit der k. österreichischen Regierung in Unterhandlung zu treten, in der Hoffnung, daß es Sw. rc. gefallen werde, sobald das erforderliche Einvernehmen angebahnt sein wird, in Gemeinschaft mit mir die Berufung von Ministerial-Conferenzen zu veranlassen, welche die definitive Beschlußnahme der deutschen Souveräne vorzubereiten haben würden. Empfangen rc.

(gez.) Wilhelm. (gegengez.) v. Bismark.

Die den übrigen deutschen Fürsten zugehenden Schreiben dürften, wie erwähnt, außer einigen erforderlichen stilistischen Aenderungen, mit diesem identisch sein. Das Schreiben des Königs von Preußen ist durchaus ablehnend und stimmt mit dem wesentlichen Inhalt des betreffenden Berichtes des Staatsministeriums genau überein. Bemerkenswerth ist nur, daß Preußen die Initiative zu weiteren Unterhandlungen, und zwar zunächst bei der f. f. Regierung ergreift. Dieser Vorgang wird ohne Zweifel eine Antwort-Ausklärung Oesterreichs und der anderen deutschen Staaten herbeiführen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht den vom 15. d. datirten Bericht des preuß. Staatsministeriums an den König über die deutsche Bundesreformfrage. Es heißt darin, die erste Anregung zu einer dem nationalen Bedürfnisse entsprechenden Ausbildung der Bundesverfassung sei vor 1848 von Preußen ausgegangen. Die darauf folgenden

ernsten Erfahrungen haben zwar weder in den Regenten noch im Volk Preußens das berechtigte Verlangen nach Verbesserung der bestehenden Einrichtungen vermindert, aber Vorzicht gelehrt und gezeigt, daß es nicht wohlgethan sei, das vorhandene Maß des Guten zu unterschätzen und das Vertrauen auf bestehende Institutionen zu untergraben, ja diese selbst zu erschüttern, ehe das Bessere mit Sicherheit in Aussicht steht.“ Darum sei es geboten erschienen, die wünschenswerthen Reformen nur mit sorgfältiger Schonung des vorhandenen Maßes von Einigkeit und von Vertrauen auf die Bürgschaften der bestehenden Bundesverträge anzustreben.“ Diese Vorsicht sei, von anderer Seite nicht beobachtet, die Aenderung der Bundesverfassung vielmehr aus Gründen verlangt worden, deren Darlegung das Vertrauen auf den Werth und den Bestand der Bundesverträge schwer erschüttern und Zweifel an denselben hervorrufen müßte, welche noch heute der Widerlegung harren.“ Desto dringender sei es gewesen, daß die Verhandlungen zur Verbesserung und Befestigung der gelockerten Beziehungen auf Wegen erfolgt wären, welche einen befriedigenden Abschluß in sichere Aussicht gestellt hätten. Am nächsten sei der Versuch einer Verständigung Preußens und Oesterreichs über die Grundzüge der zu machenden Vorschläge gelegen und das österr. Cabinet habe eine bundesfreundliche Aufnahme von Seite des Königs von Preußen gewiß sein können. Statt dessen sei die Reformacte „einseitig“ von Oesterreich ausgearbeitet und über den Inhalt derselben dem Könige am 3. August „so unvollständige Mittheilung gemacht worden, daß sich darauf ein Urtheil über die Tragweite der Vorschläge nicht begründen ließ.“ Nur die beabsichtigte Form der Verhandlung sei klar gewesen und habe zu den „gerechten Bedenken“ Anlaß gegeben, welche der König gegen den Beginn des Werkes durch einen schleunig zu berufenden Fürstencongress in dem an den Kaiser von Oesterreich unter dem 4. August gerichteten Schreiben ausgesprochen hat. „Nicht wenige Tage einer unvorbereiteten Besprechung und nicht der edelste persönliche Wille der Fürsten konnten ein Werk zu Stande bringen, dessen Schwierigkeiten nicht allein in den verschiedenen persönlichen Ansichten, sondern in Verhältnissen liegen, welche tief im Wesen der deutschen Nation wurzeln und Jahrhunderte hindurch in wechselnden Formen sich immer von neuem geltend gemacht haben.“ Nichtsdestoweniger habe Preußen doch auf einen solchen, ohne Preußens Mitwirkung vorbereiteten Versuch eingehen wollen und nur den Aufschub der Fürsterversammlung bis zum 1. Oct. verlangt. Wenn trotz dieses Entgegenkommens von Seite Preußens und nachdem des Königs „wohlbegründete Weigerung, am 16. Aug. in Frankfurt zu erscheinen, dem kais. österreichischen Cabinet bekannt war, die Einladung zu diesem Tage dennoch unter einem, der ersten Mittheilung an den König vorhergehenden Datum, an alle Genossen des Bundes erlassen wurde, so könne man sich des Eindruckes nicht erwehren, als ob dem kais. österreichischen Cabinet von Hause aus nicht die Betheiligung Preußens an dem gemeinsamen Werke, sondern die Verwirklichung des Separat-Bündnisses als Ziel vorgeschwebt habe, welches schon in der ersten, an den König gelangten Mittheilung vom 3. Aug. für den Fall in Aussicht genommen wurde,

Genilleton.

Karpathenbilder *).

So betitelt sich ein Buch, welches uns vorliegt und das wir kurz besprechen wollen. Es ist nicht das erste Mal, daß die Karpathen von einem deutschen Schriftsteller beschrieben wurden; so viel wir jedoch zu wissen glauben, werden diese, eigentlich ein Theil derselben, das Lutra-Gebirge, hier von H. Hildebrandt am gewissenhaftesten und streng wahrheitsgetreu bis in's kleinste Detail geschildert, durch das ganze Werk weht ein Hauch von geistiger Frische, Würde und feinem Humor bei einem reinen, glatten und blühenden Stil. Und da wir die Gegenden, die uns hier vorgeführt werden, aus eigener Anschauung kennen, so freut es uns zu bestatigen, wie treffend der Verfasser die Bilder und Scenerien malt und wie geistreich er den Charakter der wildromantischen Natur aufgefaßt hat. Es ist nicht unsere Absicht, der ganzen Beschreibung Schritt für Schritt zu folgen, wir beschränken uns bloß auf die Hauptpartien und einige kleine Bemerkungen. Die Reise von Kraukau aus macht der Verfasser in der hier gebräuchlichen,

ja fast einzig möglichen Weise, auf einem Goralwägelchen aus Zakopane. Schon auf der Fahrt entgeht nichts seinen scharfsinnigen Blicken, bei Poronin z. B. erfreut er sich an der Reinheit des weißen Dunajec, der „an einzelnen Stellen durch die wunderbar regelmäßige Schichtung seines schiefen Bettes sich auszeichnet.“ Der erste Eindruck des Gebirges wurde durch unfreundliches Wetter einigermaßen beeinträchtigt; dasselbe geschah bei andern interessanten Partien, wie auf der Konnitzer Spitze, der Königin der „Tatry“, woher man die Aussicht bis nach Kraukau haben soll, woran aber den Verfasser Nebel- und Wolken-Wasser hinderten. Das Charakteristische der Central-Karpathen faßt er in den Worten zusammen: „sie erscheinen als eine völlig wüste Berginsel voll finsterner Geheimnisse und Räthsel.“ Nach dem das herrliche Thal von Koscielisko betrachtet und bewundert wird, geht der Zug nach dem Meerauge, u. zwar nicht über das Dorf Bukowina, sondern auf dem zwar beschwerlichen, doch höchst interessanten Wege mitten durchs Gebirge, hiebei erlauben wir uns den Zweifel des Verfassers hinsichtlich des „Schwarzen Sees“, der ihm auf seiner Wanderung gleich aufstößt, dahin zu heben, daß er weder zum Sieben-Seen- noch zum Fünf-Seen-Thale gehört, sondern mit dem kleinen südöstlichen „gefrorenen“ See isolirt da steht und „gagienicowski“ heißt. Die prächtige Aussicht vom Pässe Jawrat auf die fünf Seen, den Krivan, u. f. w. wird in origineller geistreicher Weise geschildert. Um den Lesern eine kleine Probe zu geben, citiren wir eine Stelle aus der Beschreibung beim Anblicke des Meerauges. Sie lautet: — Die wunderbarsten Lichtreflexe kämpfen auf seiner Oberfläche um die Herrschaft. Azur und Smaragd, Krysal und Silberglanz, mattes Gold und Rosenroth, entziehen von den im Scheine der Abendsonne erleuchtenden Felsbänken, durchziehen sich gegenseitig in kaleidostopischen Kreisen; und so regungslos der Zauberspiegel daliegt, die stets matter werdende Abendbeleuchtung giebt doch von Minute zu Minute den Farbentönen der Wasseroberfläche eine andre Mischung, den Gestalten der Felsenwelt drunten in der Tiefe eine andre Combination. Endlich erlöschen die Reflexe des riesigen Granitkronleuchters, und das tief blaue Auge blickt dämmernd, als ob es bald im Gebet schliefen wolle, zum stillen Himmel empor.“ Schade, daß H. Hildebrandt den schwarzen See über dem Meerauge nicht besichtigt hat; er ahnte gewiß nicht, daß hier die Gebirgsnatur der wildromantischen Natur am prägnantesten hervortritt und des allerding's mühsamen Aufstiegens dahin vollkommen werth ist. — Wir trennen uns da vom Verfasser, denn er geht nach Ungarn, (wo wir leider nicht waren) und zwar nach Schmieds, das er, beiläufig gesagt, als ein kleines Paradies hinstellt, um von dort Ausflüge nach dem Krivan, der Konnitzer Spitze u. zu machen. Doch auch für den Nichtbesucher des Gebirges ist die angegebene Beschreibung sehr interessant. Das einzige, was wir aussetzen hätten, sind die oft bis zur Unkenntlichkeit verunstalteten polnischen Namen der Berge, Dörfer und Flüsse, wie Noscal, Paronim, Sawrat, statt Nosäl, Poronin, Zawrat, besonders aber die irrtümliche Verbesserung der Namen: Dunajec und Gruby Wsch, die

der Verfasser — Dunaj und Rabi Wsch lesen läßt. Doch sind es untergeordnete Fehler, die dem Werth und Verdienst des Werkes keinen Abbruch thun. — Schließlich erwähnen wir, daß der Schilderung des Lutra-Gebirges eine kurze, bündige Beschreibung von Kraukau und Meliczka beigegeben ist. Freunden der Reiseliteratur, Touristen und solchen, die es werden wollen, sei dieses Buch auf das Angelegentlichste empfohlen.

Lelewel.

Einen neuen Beitrag zur Biographie Lelewel — Byrnowski's erhält der „Gaz.“ von einem Correspondenten aus dem Kalisch'schen, der lange Zeit mit ihm vereint thätig gewesen und das spätere Wirken Lelewel's in der Nationalbewegung wohl kennt. Oberst Lelewel gehört, heißt es in dem Schreiben, unzweifelhaft zu den populärsten Gestalten des gegenwärtigen Aufstandes. Wir gehen mit Unterlassung der schon anderwärts erwähnten Notizen auf die weiteren interessanten und neuen Details aus Lelewel's Leben über. Niemand besaß in Warschau größeren Einfluß unter den Handwerkern in den Jahren 1861 und 1862 als er. Im J. 1861 trat eine Partei gegen die Wahlen zu den Stadt- und Kreisräthen auf. Lelewel führte über 1000 Handwerker vor das Gebäude der früheren Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften und an andere Punkte Warschau's und bewirkte so, daß als Szachowski Protest

* Von H. Hildebrandt. Mit einer Karte des Lutra-Gebirges. Glogau, Verlag von Carl Flemming. 1863.

daß Preußen sich den Anträgen Oesterreichs nicht anschließen werde." Die letzteren seien bis jetzt (15. d.) nicht amtlich zur Kenntniß der kgl. Regierung gekommen, doch sei dem Könige durch ein von einem Theile der in Frankfurt versammelten Fürsten und Vertreter der freien Städte unterzeichnetes Schreiben das Ergebnis der Frankfurter Verhandlungen mitgeteilt worden. Das Staatsministerium, dem der König dies zur Prüfung übergeben, finde die wichtigsten Bedenken, welche den Entwurf für Se. Maj. weder als König von Preußen noch als deutschen Fürsten annehmbar erscheinen lassen, wenn nicht Veränderungen mit ihm vorgenommen werden, welche seinen ganzen Charakter wesentlich verändern. Das Staatsministerium rath daher, der König möge dem Frankfurter Entwurf seine Zustimmung versagen. Der Bericht übergeht jedoch zu einer Kritik des Reformentwurfs und da heißt es unter Anderm: „Man sagt sich mit Recht, daß das Einverständnis der mächtigsten Mitglieder über die Zielpunkte der gemeinsamen Bestrebungen die unentbehrliche Grundlage jeder wirksamen Action des Bundes bilde. Und diese Gemeinsamkeit ist um so schwerer herzustellen und festzuhalten, als weder Preußen noch Oesterreich der Freiheit vollständig entgegen können, ihre Stellung zu den Fragen europäischer Politik noch den Interessen der Gesamtheit ihrer Monarchien zu regeln. Der vorliegende Entwurf löst diese Schwierigkeit durch den einfachen Mechanismus einer Mehrheits-Abstimmung im Schooße des Directoriums und durch eine Erweiterung des Bundeszweckes bis zu dem Maße, daß die Politik dieser beiden Mächte in der durch das Centralorgan des Bundes zu bestimmenden Gesamtpolitik des Letzteren aufzugehen habe. In der Theorie ist diese Lösung eine leichte, in der Praxis ist ihre Durchführung unmöglich und trägt den Keim der Voraussetzung in sich, daß das neue Bundesverhältnis in vergleichungsweise kürzerer Zeit als das alte um uns der Worte des k. österr. Promemoria zu bedienen, den Eindruck von „Resten einer wankend gewordenen Rechtsordnung machen werde, welcher der bloße Wunsch, daß die morgigen Wände den nächsten Sturm noch aushalten mögen, die nöthige Festigkeit nimmermehr zurückgeben könnte.“ Um einer befängenswerthen Eventualität vorzubeugen, erscheint es uns unerlässlich, daß der Bund durch eigene Action in die Beziehungen der europäischen Politik nur mit dem Einverständnis der beiden Großmächte eingreife und daß jeder der Letzteren ein Veto mindestens gegen Kriegserklärungen, so lange nicht das Bundesgebiet angegriffen ist, zustehe. Dieses Veto ist für die Sicherheit Deutschlands selbst unentbehrlich. Ohne dasselbe würde je nach den Umständen die eine oder die andere der beiden Großmächte in die Lage kommen, sich der anderen, durch eine Majorität weniger Stimmen verstärkten — ja, selbst mit der anderen zusammen, sich der Majorität dieser Stimmen, unterwerfen zu sollen — und doch der Natur der Dinge nach, und ihrer eigenen Existenz halber, sich nicht unterwerfen zu können. Man kann sich einen solchen Zustand auf die Dauer nicht als möglich denken. Es können Institutionen weder haltbar sein, noch jemals werden, welche das Unmögliche von Preußen oder von Oesterreich fordernd — nämlich, sich fremden Interessen dienstbar zu machen — den Keim der Spaltung unverkennbar in sich tragen. Nicht auf der gezwungenen, oder geforderten und doch nicht zu erzwingenden Unterordnung der einen Macht unter die andere, sondern auf ihrer Einigkeit beruht die Kraft und die Sicherheit Deutschlands. Jeder Versuch, eine große politische Maßregel gegen den Willen der einen oder der anderen durchzusetzen, wird nur sofort die Macht der realen Verhältnisse und Gegenstände zur Wirklichkeit hervorgerufen. Es wäre eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, wenn Preußen sich zu Gunsten einer scheinbaren Einheit Beschränkungen seiner Selbstbestimmung im Voraus auflegen wollte, welche es im gegebenen Falle thatsächlich zu ertragen nicht im Stande wäre.“ Weiter heißt es: „Preußen ist als deutsche Macht nicht nur Oesterreich ebenbürtig, sondern es hat innerhalb des Bundes größere Volkszahl. Die formelle Gleichstellung Preußens und Oesterreichs ist daher schon zu verschiedenen Epochen Gegenstand der Verhandlung gewesen, und bei Gründung der provisorischen Bundes-Central-Commission, in Folge der

Uebereinkunft vom 30. Septbr. 1849, haben beide deutsche Großmächte in völlig gleicher Stellung die Ausübung der Centralgewalt für den deutschen Bund Namens sämtlicher Bundes-Regierungen übernommen. Auf dem Gebiete, in welchem bisher die Competenz des Bundes sich bewegte, steht der Vorsitz dem kais. österreichischen Hofe verträglich in Form der geschäftlichen Leitung der Bundes-Versammlung zu. Bei neu zu schaffenden Institutionen aber, auf dem Gebiete umfassender Erweiterungen der Attribute und Befugnisse des Bundes und für Organe, welche den Bund wesentlich nach Außen zu vertreten bestimmt sind, kann Preußen eine bevorzugte Stellung Oesterreichs nicht zulassen, sondern erhebt den Anspruch auf eine vollkommene Gleichheit. — Die preussische Regierung würde nicht der Verkündigung ein erlaubtes Opfer — und zwar ein Opfer an Oesterreich, nicht an Deutschland — bringen, sondern ein Unrecht am eigenen Lande begehen, wenn sie bei erweiterter Competenz des Bundes und bei erhöhter Bedeutung der dem Präsidium vorbehaltenen diplomatischen Beziehung nach außen, auf den Anspruch der Gleichstellung verzichtete. Aber mit der Gleichstellung und der Beilegung des Veto sei die Aufgabe einer Vermittlung der divergierenden dynastischen Interessen behufs Erleichterung der einheitlichen Action des Bundes noch nicht gelöst. „Der Streit derselben durch die Majoritätsabstimmungen der im Directorium vertretenen Regierungen kurzer Hand zu entscheiden,“ erscheine dem Staatsministerium „weder gerecht noch politisch annehmbar.“ „Das Element, welches die Sonder-Interessen der einzelnen Staaten im Interesse der Gesamtheit Deutschlands zur Einheit zu vermitteln habe, werde wesentlich nur in der Vertretung der deutschen Nation gefunden werden können. Um die Institution der letzteren in diesem Sinne zu einer fruchtbringenden zu machen, werde es notwendig sein, sie mit entsprechenden Attributionen auszustatten, als dies nach dem Frankfurter Entwurf der Fall sein soll, und ihre Zusammensetzung so zu regeln, daß die Bedeutung eines jeden Bundeslandes den seiner Wichtigkeit angemessenen Ausdruck darin finde.“ „In einer Versammlung, die aus dem ganzen Deutschland nach dem Maßstab der Bevölkerung durch directe Wahlen hervorgeht, werde der Schwerpunkt, so wenig wie außer Deutschland, so auch nie in einen einzelnen, von dem Ganzen sich immerlich lösenden Theil fallen; darum könne Preußen mit Vertrauen in sie eintreten. Die Interessen und Bedürfnisse des preussischen Volkes seien wesentlich und unzertrennlich identisch mit denen des deutschen Volkes; wo dies Element zu seiner wahren Bedeutung und Geltung kommt, werde Preußen niemals befürchten dürfen, in eine seinen eigenen Interessen widerstrebende Politik hineingezogen zu werden.“ — „wohl aber würde eine solche Befürchtung „doppelt gerechtfertigt“ sein, „wenn neben einem Organismus, in welchem der Schwerpunkt außerhalb Preußens fällt, die widerstrebenden particularistischen Elemente principiell in die Bildung der Volksvertretung hineingebracht werden.“ Am Schluß des Berichtes heißt es: „Wir stellen deshalb Eu. Maj. allerunterthänigst anheim, über die angegebenen Hauptpunkte der Verkündigung zunächst mit a. h. dero Bundesgenossen in Verhandlung zu treten und sobald Euer Maj. der Geneigtheit bezeugen, auf die vorstehend angedeuteten Grundlagen einzugehen, die kaiserlich österreichische Regierung zu ersuchen, in Gemeinschaft mit Eurer Maj. Regierung Ministerial-Conferenzen zu anderweiter Feststellung eines demnächst den deutschen Fürsten und freien Städten zur Genehmigung vorzulegenden Reformplanes zu berufen. Von dem Beschlusse der deutschen Souveräne wird es alsdann abhängen, ob sie über dasjenige, was sie der Nation darzubieten beabsichtigen, die Meinung der letzteren selbst durch das Organ gewählter Vertreter vernehmen, oder ohne deren Mitwirkung die verfassungsmäßige Einwilligung der Landtage jedes einzelnen Staates herbeizuführen ersuchen wollen. Für Euer Maj. Regierung wird der nahe bevorstehende Zusammentritt des Landtages die Gelegenheit darbieten, die Auffassung der preussischen Landes-Vertretung in Betreff des Inhalts der vorliegenden Reformacte und der von der königlichen Regierung derselben gegenüber vertretenen Grundsätze kennen zu lernen.“

Die Veröffentlichung des Berichts des Staats-Mi-

nisteriums an den König in der Bundesreformfrage hat die Gesandten der deutschen Höfe, welche in Berlin accreditirt sind, augenscheinlich verstimmt. Es finden, nach der „B. M.-Z.“, unter denselben vielfach Privatbesprechungen statt, über deren Inhalt mit den betreffenden Höfen eine lebhaftere Correspondenz geführt wird. Man will in diplomatischen Kreisen wissen, daß im Falle erneuter Schritte der Theilnehmer am Fürstentage, also etwa Einberufung einer Delegirten-Versammlung, von Seiten Preußens die Einberufung einer Nationalversammlung betrieben werden solle, welche über beide Projecte zu befinden haben würde.

Die Vorconferenzen der Bevollmächtigten jener Zollvereinsstaaten, welche in der Zoll- und Handelsfrage den gleichen Standpunkt einnehmen wie Bayern, dürften, wie man der „M. Z.“ aus München schreibt, dem Vernehmen nach in der zweiten Woche des Octobers hier stattfinden. Von mehreren Regierungen sind bereits ausdrückliche Anzeigen hieher gelangt, daß sie sich durch ihre Bevollmächtigten an diesen Conferenzen betheiligen werden.

Am 1. October wird der deutsche Bund bekanntlich die Execution gegen Dänemark beschließen. Es scheint indessen, daß zwischen den deutschen Regierungen in Bezug auf die Executionsmittel noch nicht die rechte Uebereinstimmung bestünde. Im Schooße der Bundes-Militär-Commission finden mehrere Mitglieder, daß ein Corps von 6000 Mann hannoverscher und sächsischer Truppen in keiner Weise ausreicht, um die deutschen Herzogthümer während eines Zeitraumes, der sich sehr in die Länge ziehen kann, besetzt zu halten; diese Mitglieder verlangen demnach, daß die Militär-Commission die Anzahl, anstatt auf 6000 Mann, vorläufig auf 10.000 festsetze. Ferner soll Preußen, welches aufgeführt worden ist, im Verein mit Oesterreich 10—15.000 Mann seiner Truppen zur Verfügung der Militär-Commission zu halten, um die Reserve des zum Einrücken in die Herzogthümer bestimmten Bundesheeres zu bilden, in dieser Hinsicht große Schwierigkeiten erheben.

Die französischen officiösen Blätter bemühen sich, zur Beschwichtigung der Vörsen die gefahrdrohende Situation in der polnischen Frage vorläufig noch zu bemänteln, indem sie unter Anderem melden, der Herzog v. Montebello werde sich noch einen Monat in Petersburg aufhalten, der polenfreundliche Walewski sei nicht, wie es hieß, zu seinem Nachfolger bestimmt, Prinz Napoleon sei nicht nach London abgereist. Der Prinz sei nicht für einen Krieg in diesem Augenblicke; bei einem Diner in Meudon habe er vielmehr erklärt, daß ein solcher für jetzt unmöglich sei, daß aber freilich ebenso wenig an eine Fortsetzung der bisherigen diplomatischen Intervention zu denken ist. Die „Indep.“ scheint aber der Reise politische Zwecke unterzustellen.

Die „France“ wiederholt ihre Auffassung von der im „Moniteur“ gezeichneten Veröffentlichung und sagt, wenn Frankreich die polnische National-Regierung als kriegsführende Macht anerkennen wolle, so brauche es sich nicht indirecter Mittel zu bedienen, sondern würde seine Politik durch ganz zweifellose Thaten bekräftigen.

Der „Temps“ beleuchtet einen Artikel des „Nord“, in welchem unter anderen Gründen für die Unwahrscheinlichkeit der demnächstigen Anerkennung Polens als eines kriegsführenden Staates seitens Frankreichs die Unmöglichkeit hervorgehoben wird, die für Oesterreich existirt, sich einem solchen Schritte beizugehen, der gewissermaßen einem Entzagen auf Galizien gleichkomme. Diese Bemerkung — meint Hr. Neffser — hat ihren Werth. Die polnische Frage ist eine europäische Frage; die ganze Welt, selbst bis zu einem gewissen Grade Rußland mit einbegriffen, ist darüber einig; aber diese europäische Frage berührt nicht alle Mächte auf dieselbe Art und Weise. Das ist's, worüber man sich in St. Petersburg vollständig Rechenschaft ablegt. Rußland rechnet fest darauf, daß das Einverständnis gewissen Eventualitäten gegenüber sich nicht aufrecht erhalten wird, und was man uns alle Tage als ein Element der Stärke rühmt, wird von ihm gerade als ein Princip der Schwäche angesehen. Man müßte blind sein, um das nicht zu bemerken. Das schlimmste Mittel, Rußland zum Nachgeben

zu bringen, ist demnach das, daß man das Einverständnis zu dreien als Princip aufstellt; zu sagen, daß außerhalb dieses Einverständnisses nichts möglich ist, und behaupten zu wollen, daß in keinem Falle Frankreich allein für Polen vorgehen darf oder kann. Da es hinreichend sichtbar ist, daß England nicht bis zum Kriege gehen will, daß Oesterreich nicht bis zum Kriege gehen kann, so ist das Einverständnis neutralisirt und Rußland ist bei weitem ruhiger den drei Mächten gegenüber, als es sein würde einer derselben gegenüber, welche fest entschlossen wäre, sich nicht damit zu begnügen, Worte zu machen. Gewiß, wir können uns irren, aber wir glauben, Rußland hat Recht. Auf alle Fälle, wenn das Einverständnis etwas bedeuten soll, so muß man anders zu Werke gehen, als man es bis jetzt that; es ist notwendig, daß die Mächte sich schleunig und genau darüber einigen, was sie zu thun für möglich halten, und daß sie dies Polen und Rußland anzeigen. Das würde der wirkliche Probestein des Bedürfnisses sein.“

Der „Temps“ stellt ferner sehr ernsthafte Betrachtungen über die in Warschau im Hotel Zamoysti vorgenommenen Gewaltmaßregeln an. „Es handelt sich hier nicht — sagt Herr Neffser — abgedroschene Phrasen über den politischen Mord zu schreiben oder über die zügellose Rache der Russen; es handelt sich darum, die Facta zu constatiren und über sie nachzudenken. Wir fragen bloß, ob eine Sachlage, welche sich mitten im 19. Jahrhundert durch so schreckliche Ausbrüche kundgibt, ob eine solche Lage der Dinge zulässig und möglich ist. Wenn der gegenseitige Haß bis auf diesen Grad gestiegen ist, so gibt es nur noch eine Lösung: die vollständige Trennung.“

Es bestätigt sich, daß Frankreich bereits eine Note an das österreichische Cabinet gerichtet hat. Ob dieselbe, wie nach der „Nation“ gemeldet wurde, die Aufforderung enthält, Oesterreich möge auch zu den weiteren Schritten die Initiative ergreifen, ist noch unbestätigt; dagegen circulirt, wie ein Wiener Blatt meldet, in parlamentarischen Kreisen eine andere Version. Demgemäß wäre die französische Depesche an den Grafen Rechberg im Tone des Unmuthes geschrieben, aber derselbe gelte dem englischen Cabinet ebenso sehr wie dem Wiener. Herr Drouyn de Lhuys beklagt, daß die lange Verschleppung der Angelegenheit, die Schwierigkeit, sich über die Fassung der an Rußland abgegangenen Depeschen zu einigen, der Wirkung derselben nachtheilig waren und den Mangel an Einigkeit der Mächte über die Hauptidee bloßlegten, wodurch Rußland den Muth erhielt, so abzulehnen. Die Pointe der französischen Depesche geht darauf hinaus, Oesterreich zur ferneren Mitwirkung aufzufordern, ohne daß jedoch irgend ein bestimmter Gedanke ausgesprochen ist, in welcher Weise diese Mitwirkung sich zu realisiren hat. Was das englische Cabinet betrifft, so soll dasselbe sich weder nach Paris noch nach Wien hin bisher über irgend welche Entschlüsse geäußert haben, die es Rußland gegenüber gesagt hat; doch soll der Abgang einer englischen Depesche nach Wien bereits von London her angetündigt und dieselbe bereits in Wien eingetroffen sein. Ueber den Inhalt der zu übergebenden Note verlaute nach Andeutungen, welche an das österreichische Cabinet gelangt sind, daß England die Idee ventilirt, den Besitztitel Rußlands auf Polen nicht weiter anzuerkennen, nachdem diese Macht selbst die Verträge von 1815, durch die Zurechtweisung jeder Berechtigung der contrahirenden Mächte über deren Ausführung zu wachen, und damit sein Besitzrecht in Frage stellt. Dieser Gedanke ist bereits in französischen und englischen Journalen ventilirt worden und scheint nun in der bedeutameren diplomatischen Form aufzutreten. Eine solche Nichtanerkennung wäre eine Abschwächung des Gedankens, Polen als kriegsführende Macht anzuerkennen, aber doch von großer Tragweite. Das österreichische Cabinet scheint sich in der neuen Wendung der polnischen Frage sehr reservirt verhalten zu wollen, und die schweren Folgen jedes weiteren Schrittes fest in's Auge zu fassen.

Dem Pariser Central-Comité sollen, wie man der „G. Z.“ ferner schreibt, aus Constantinopel Depeschen zugegangen sein, die bezüglich der diplomatischen Stellung, welche die Pforte gegenüber dem polnischen Aufstande eingenommen, dieselben mit neuen Hoffnungen erfüllt. Es wird auch mit vieler Be-

gegen die Wahlen in die Hände des Grafen Zamoysti niederlegte, das Volk sich für die Wahlen erklärte. Chef von 1000 in der National-Organisation war er bis zum Ansbruch einer der thätigsten, stets die im Programm der Organisation ausgesprochenen nationalen Grundsätze vertheidend. Dieses und die Organisations-Ordnung war im Juni 1862 niedergeschrieben worden, Borylowski war von da ab der treue Vollzieher des Willens des Central-Comité's und dessen Vertheidiger in den Stürmen, die im Juli, October die extreme Partei gegen dasselbe erhob. Als Brunnenmeister reiste er von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt, überall für die nationale Sache thätig, selbst die Gutsbesitzer beugten sich willig dem Einfluß dieses einfachen Mannes. Er war der erste in Warschau, der allein mit eigener Hand die Lettern und Pressen der geheimen Druckereien machte und sich bemühte Waffen zu verfertigen. Er druckte den Aufruf, der 1861 am meisten Aufsehen machte, „Rundschreiben an alle Landsleute“ insgeheim in Warschau ab und verbreitete ihn in Werstatt und Gütten. Die nachher beschriebenen Vorgänge von seinem Auftreten in Podlachien an sind bekannt. Borylowski war ein besonderer Verehrer Soadim Lelewel's, um den Namen des berühmten Historikers auch auf dem Schlachtfelde erklingen zu lassen, nahm er diesen an. Vielmals geprengt sammelte er sich immer wieder und trat mit neuer Kraft auf. Im Sieg war er bescheiden. Nicht nur einfache Leute liebten ihn und stießen zu ihm, auch hoch angesehene wie Gustaw Wasilewski, Roman Mieczyslawski (soll wohl

heißt Mieczyslaw Romanowski), Kalisz Wjejski, Graf Ryary u. s. Im Lager gab er Beispiel eines bescheidenen Lebens, unermüdeten Thätigkeit und genauer Pflichterfüllung (worauf es leider so oft fehlt), er ging zuletzt zur Ruhe, nachdem er zuvor alle Bedenken recognoscirt. Im Kampfe kalblütig und voll Geistesgegenwart, muthig und ausdauernd, war er der letzte der den Kampf verließ.

Zur Tagesgeschichte.

Der Herr Kriegsminister K.M. Graf Degenfeld hat gestundet, daß die Programme der ersten österreichischen Gesellschaftsreise um die Erde, für welche die Subscripion bei der Exditanstalt stattfindet, an alle Regimenter und Corps der k. k. Armee versendet werden dürfen.

In Agram sind am 19. d. von Laibach 2 englische Damen angekommen, welche eine wissenschaftliche Reise durch ganz Serbien, Bulgarien, Griechenland und durch einen Theil Albaniens gemacht haben; die eine, Georgine Mary Wafensu, ist eine Schottin, die andere aber ist eine Dame aus Norfolk und heißt Adeline Pauline Jebb. Beide sollen eine genaue Kenntniß der Verhältnisse aller die griechisch-slavische Halbinsel bewohnenden Völkerstämme erworben haben.

Die Zahl der Adligen männlichen Geschlechts im österreichischen Kaiserthum beläuft sich nach den neuesten Aufweisen auf 250.000, an welcher Summe nebst Galizien (mit 24.900) am meisten Ungarn mit 163.000, worunter sich 4 fürstliche, 84 gräfliche und 76 freifürstliche Familien befinden, Antheil nehmen.

Man erfährt, daß durch den Tod von Jacob Grim in dem Gottgatte und der Vollendung des „deutschen Wörterbuchs“ seine Gefahr droht, da das vollständige Material bis zum Ende

geordnet vorliegt und nur der Ausarbeitung bedarf. Den Buchstaben R, einen der größten und schönsten, hatte Grimm schon vor einigen Jahren dem Dr. H. Hildebrand, den er in der Vorrede zum zweiten Bande wiederholt als vollkommenen zur Mitarbeit befähigt nennt, zur Bearbeitung übergeben, die auch fertig vorliegt. Die Ausarbeitung wird in die besten Hände gelegt werden.

Der Banquier Paul Mendelssohn-Bartholdy in Berlin, der bekanntlich die Reisebriefe seines Bruders Felix in Druck gegeben, hat von dem Ertrage dieses Buches 1500 Thlr. dem Rathe von Leipzig überwiesen, welche als eine „Felix Mendelssohn-Bartholdystiftung“ vom dortigen Stadtrath verwaltet und die Zinsen alljährlich am 3. Februar, als am Geburtsstage des Componisten, an zwei Wittwen von Mitgliedern des Leipziger Stadtraths verteilt werden. — Bekanntlich stand der Componist vor seiner Verurteilung nach Berlin Jahre lang den Leipziger Gewandhausconcerten vor und ist auch in Leipzig gestorben.

„Märchen-Unterhaltens-Org.“ „Sangesfeste Störche oder das Tyringsschwert“ ist am 14. d. in Frankfurt a. M. soviel bekannt auf der deutschen Bühne überhaupt — zum erstenmal aufgeführt worden. — Der „A. Z.“ wird darüber geschrieben: Die Musik ist durchaus originell, schwungvoll und in jenem romantischen Styl gehalten, welcher Wagner's Tonwerke kennzeichnet. Wie in allen seinen Opern, ist der Chor mit besonderer Vorliebe behandelt und einzelne Nummern darunter sind höchst effectvoll. Die sehr sorgfältig studierte und scharfe Oper wurde beläufig aufgenommen. Sie bedarf jedoch, wie alle geistigen Werke, zu ihrer geistigen Auffassung eines eifrigeren Hörers.

Kirchlich starb in Paris im Irrenhause ein Greis, dessen Schicksale bemerkenswerth sind. Als Napoleon I. für den König von Rom einen Palast bauen lassen wollte, bedurfte man gemäß dem Plane eines unbedeutenden Raumes, der einem Schuhmacher Simon gehörte und mit einem Schuppen bebaut war. Simon fordernte dafür 20.000 Frs. als man ihm diesen Preis nach einem Gögern zugesprochen wollte, forderte er 40.000 Frs., und zuletzt 60.000 Frs. Man bot ihm 50.000 Frs., und als er diesen Preis

nicht annehmen wollte, verzichtete man auf den Kauf. Jetzt bereut er die Schmach, daß er das Gebot nicht angenommen, und wollte nun mit 50.000 Frs. und zuletzt mit 20.000 Frs. zufrieden sein. Inzwischen war das Jahr 1814 mit seinen Ereignissen eingetreten, und darüber vergaß man den Schuppen des Schuhlers. In Armuth gerathen, verkaufte Simon zuletzt den Schuppen für 150 Frs., nahm sich aber bald darauf das Fehlschlagen seiner Pläne so zu Herzen, daß er wahninnig wurde.

Eine große Streiffrage endlich entschieden. Fünf Defecturen des 118. Pennsylvanien-Regiments sollten erschossen werden. Sie waren alleamt Stellvertreter von Losausgehobenen. Zwei von ihnen waren Katholiken, zwei waren deutsche Protestanten und der fünfte ein Jude, Karl Walter, seinem Namen nach somit auch ein Deutscher. Mit Ausnahme eines waren sie alle verheiratet. Walters Frau, die in New-York lebt, hatte den Präsidenten vergebens um Gnade für ihren Mann gebeten, die Angehörigen der vier Anderen leben in Europa. Sie wurden gebunden auf den Richtplatz geführt, ihr Todeskampf dauerte nicht lange. Charakteristisch aber ist es, daß sich der Katholik und der katholische Geistliche, welche ihre respectiven Glaubensgenossen zur Richtstätte begleiteten, über den Vortritt in dieser traurigen Procession stritten. Der katholische Priester beanspruchte ihn als Vertreter der höchsten aller Religion, der Rabbi ferner, weil seine Religion die älteste sei. Der Generalprosecutor, der zur Beilegung dieses Streites aufgeführt wurde, entschied zu Gunsten von Jehova's Stellvertreter und der andere mußte sich fügen.

Wer englische Biere, echte i. g. Kalauer kennen lernen will, findet dergleichen in Fälle im letzten „Punch“ in dem „Fremdenführer auf dem Continent.“ Es ist von Deutschland die Rede. Von den Bewohnern des Landes, heißt es, werden die Männer Germanen genannt, die Frauen Gerwomans und den Heiß bilden Gerboys, Ger-girls, Ger-babbies. Von den Getränken heißt es: Das Hauptgetränk der Deutschen ist „beer.“ The beer, worauf sie am meisten stolz sind, ist Meyer-Beer. So geht es weiter.

stimmtheit behauptet, daß die Kriegsrüstungen in der Türkei sehr eifrig fortgesetzt werden.

Das Londoner Organ der Südstaaten von Nordamerika „The Index“ veröffentlicht den Wortlaut des Briefes, in welchem J. M. Mason den Abschluß seiner Mission dem Lord Russell meldet. Herr Mason erklärt darin, daß er von Seite des „Staatssekretärs der conföderirten Staaten“ den Auftrag erhalten habe augenblicklich England zu verlassen, weil die englische Regierung ihn nicht in der Eigenschaft eines accreditirten Gesandten erkennen wolle. Daher sei die Verlängerung seines Aufenthaltes in London weder mit den Interessen noch mit der „Würde“ der conföderirten Regierung verträglich.

Aus Constantinopel, 24. Sept., wird telegraphirt, die Entschädigung an die syrischen Christen in Damaskus werde mittels einer Commission von 30 Mill. gezahlt werden, und Franco Gendi sei als Nachfolger Daud Pascha's zum Gouverneur des Libanon ernannt worden.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 28. Sept. Se. k. k. Apostolische Majestät haben die unterbreitete Ergebnissadresse des Gemeindeausschusses der Hauptstadt Wien aus Anlaß des zu Frankfurt a. M. abgehaltenen deutschen Fürstentages wohlgefällig zur Allerhöchsten Kenntniß zu nehmen geruht.

Ihre Majestät die Kaiserin, dann Kronprinz Rudolph und Prinzessin Gisela werden morgen den Aufenthalt in Schönbrunn nehmen und dort bis Ende October verweilen.

Aus Innsbruck, 26. d., wird gemeldet: Se. k. k. Hoheit der Erzherzog Karl Ludwig besuchte heute die Vorstädte und besichtigte die restaurirte Kirche zu Dreieinigkei; später Diner beim Erzherzog zu 39 Gedecken, dem drei Veteranen beigezogen waren. Abends ist die militärische Deputation mit dem Ehrenschilde angekommen, und vom Gemeinderathe unter Musik und Pöllerbüschen empfangen worden. Der starke Regen dauert fort. Die allgemeine Decorirung der Stadt leidet durch die Nässe. 27. September. Heute Morgens durchzogen sämtliche Musikbänder die Stadt, vom Stadthurne ertönte Choralmusik zur Eröffnung des Festes. Vormittags fand die Eröffnung des Festzuges am Wiltauer Stande durch den Fürsten-Statthalter statt. Schützen aus Zimbach, Rustein und dem Sarnthale sind eingetroffen. Der Regen hat erst im Laufe des Vormittags nachgelassen.

Der k. k. Botschafter Fürst Metternich soll nächsten Samstag in Wien eintreffen.

Der Herr Sectionschef im Handelsministerium, Freiherr v. Kalchberg, wird am Mittwoch nach München abreisen.

Das k. k. Rescript an den siebenbürgischen Landtag ist noch nicht nach Hermannstadt abgegangen, obwohl dies in den nächsten Tagen der Fall sein dürfte. Nachdem der Landtag sich zur Bescheidung geneigt erklärt und nun die Snarticularung des Decretdiploms und der Februarverfassung in Angriff genommen hat, diese aber bis zur Mittheilung des Rescriptes bereits beschloffen sein dürfte, so ist die Hoffnung begründet, daß die Vornahme der Wahl bereitwilligst vor sich gehen werde. Von einer Beiseitesetzung der Snarticularung ist demnach nicht die Rede. Als Modus wird die Wahl aus den acht Abtheilungen vorgeschlagen; die beiden ersten Wahlen je vier, die andern je drei, zusammen also 26 Reichsabgeordnete. Für den Fall des Nichtvollzuges der Wahl durch eine der Abtheilungen, soll die Wahl aus dem Gesammlandtage durch Majorität geschehen. Nach vollzogener Wahl soll der Landtag verlagert werden, jedoch wird die zuverlässige Erwartung ausgesprochen, daß die Ausschüsse in der Zwischenzeit ihre Arbeiten fortsetzen, und die Gesetzentwürfe vorberathen werden, so daß der Landtag sofort nach seinem Wiederzusammentritte seine schwierige Aufgabe weiter vollführen könne. Man glaubt, daß die Wahl innerhalb acht Tagen nach Hinablangung des Rescriptes vollzogen sein kann und die siebenbürgischen Deputirten noch rechtzeitig hier eintreffen können, um an der Budgetdebatte theilzunehmen, vorausgesetzt, daß die Abgeordneten der Sachlage Rechnung tragen, wozu die dringliche Veranlassung vorliegt.

Wie die „Presse“ erfährt, soll das königliche Rescript an den siebenbürgischen Landtag zwischen heute und morgen nach Hermannstadt abgehen. Der „Presse“ zufolge enthält es die Aufforderung, sofort die Wahlen in den Reichsrath vorzunehmen. Als Modus wird die Wahl aus den Abtheilungen empfohlen. Der siebenbürgische Landtag hat deren 8. Zwei Abtheilungen nun, welche aus den Vertretern der Höchstebenen gebildet sind, sollen je 4, die andern Abtheilungen je 3 Abgeordnete für den Reichsrath wählen. Dies gäbe dann die Zahl 26, welche das Februarpatent als diejenige der Vertreter Siebenbürgens im Abgeordnetenhaus des Reichsraths feststellt. Für den Fall, als die eine oder andere Abtheilung sich über die Wahl nicht verständigen könnte oder sich der Wahl überhaupt enthalten wollte, soll in dem Rescript festgesetzt werden, daß die fehlende Deputirtenzahl per majora aus dem Gesammlandtage zu wählen sei. Wie wir ferner vernehmen, soll gleichzeitig mit dem königlichen Rescript die Sanction des ersten Gesetzesentwurfes, welchen der siebenbürgische Landtag auf Grund der ersten königlichen Proposition ausgearbeitet hat, nach Hermannstadt abgehen.

Die mericanische Deputation wird, wie die „Erzg.“ schreibt, nicht vor dem 4. oder 5. nächsten Monats in Miramare eintreffen. Die Nachricht vom Aufenthalt des Herrn de la Ronciere le Mourry in

Miramare und alle anderen damit in Verbindung gesetzten weiteren Angaben entbehren jeder Begründung.

Deutschland.

Die „Berl. M.-Z.“ schreibt: Der König wird, wie man erzählt, längere Zeit in Baden-Baden verweilen, vielleicht bis zur Mitte des October, da das Königspar am 15. October dem Dombauefest in Köln beizuwohnen gedenkt. Am 17. k. M. soll die Rückreise nach Berlin erfolgen, die Residenz jedoch erst Ende October von Potsdam nach Berlin verlegt werden. — Es lag im Plane, vor der Abreise des Königs noch eine Consequenz abzuhalten, doch hat man davon Abstand genommen. Es sollen die zunächst liegenden wichtigen Fragen erledigt sein. Es ist in letzter Zeit vielfach von der Anwesenheit des Kronprinzen in den Consequenzen die Rede gewesen. Man versichert an gut unterrichteten Stellen, daß der Kronprinz nur einer einzigen derartigen Veranlassung beigewohnt habe und zwar derjenigen, in welcher die Auflösung des Abgeordnetenhauses beschlossen wurde. Alle Angaben von Befürwortung oder Bekämpfung des Beschlusses durch den Kronprinzen sind erfunden. Se. k. Hoheit hat sich gar nicht bei der Debatte betheiligt, sondern, wie man versichert, erst in der Sitzung erfahren, worüber debattirt werden sollte. — Bemerkenswerth ist die erneute, voraussichtlich für längere Zeit unternommene Reise des kronprinzlichen Paares nach England und Schottland. Die Abwesenheit des kronprinzlichen Paares fällt in die Zeit der wichtigsten Ministerberatungen vor Eröffnung der Kammern. Auch wird der Kronprinz seinen Geburtstag am englischen Hofe begehen. Es steht fest, daß die Regierung eine Debatte über die deutsche Frage in der nächsten Kammer wünscht. Sie wird zu dem Ende eine Vorlage unter Hinzufügung der gesamten Correspondenz, welche sich auf die Angelegenheit bezieht, einbringen. — Der hiesige Gesandte des Königs Victor Emanuel von Italien, welcher unlängst nach Turin sich begab, wird nicht, wie es hieß, dort bleiben, sondern demnächst hierher zurückkehren. — Der vor einigen Tagen gegen Bestellung einer Caution von zehntausend Thalern vorläufig der Haft aus der hiesigen Hausvoigtei entlassene frühere Abgeordnete Dr. jur. v. Niegolewski war bekanntlich einer im Kampfe erhaltenen Wunde wegen, in einem sehr franten Zustande eingebracht worden. Obgleich der Hausarzt und der Physikus seine Freilassung für nöthig erachtet hatten, so erfolgte dieselbe dennoch erst, nachdem auch das Medizinal-Collegium sich aus gesundheitlichen Gründen dafür ausgesprochen hatte. Dr. v. Niegolewski hat indeß seinen Aufenthalt hier nehmen müssen und darf Berlin nicht verlassen. — Jacob Grimm soll wenig mehr als das Schönste, seinen unvergänglichen Namen, hinterlassen haben.

Frankreich.

Paris, 25. September. Der Kaiser hat sich gestern, wie die France meldet, von Biarritz nach Tarbes (Hauptort des Hochpyrenäen-Departements) zu Herrn Fould begeben, ist aber am Abend wieder nach Biarritz zurückgekehrt. — Die mericanische Deputation, die gestern von Herrn Drouyn de Lhuys empfangen worden ist, macht sich übermorgen früh auf den Weg, und zwar direct nach Triest, resp. Schloß Miramare. Erst wenn dieselbe den Bescheid des Erzherzogs Maximilian erhalten, will sie nach Wien gehen und sich dem Kaiser Franz Joseph vorstellen. Von dort hierher zurückgekehrt, soll sie in Compiègne vom Kaiser Napoleon empfangen werden. — Der Herzog von Montebello kann wie der „Nord“ heute meldet, Petersburg vor einem Monat nicht verlassen, da seine Gemahlin plötzlich schwer erkrankt ist. Am letzten Montag hat der französische Botschafter beim Kaiser eine besondere Audienz erhalten. — Großfürst Constantin ist, laut „Nord“, am 17. d. auf Schloß Orianda in der Krim eingetroffen. — Der pariser Correspondent der „Morning Post“ will aus zuverlässiger Quelle wissen, daß der Czar und seine Rathgeber die Möglichkeit eines Krieges (d. h. im Frühjahr) ins Auge fassen und daß in Rußland in großem Maßstabe gerüstet werde. — Es wird versichert, daß die Reise des Prinzen Napoleon keine politische Bedeutung, sondern, wie bei früheren Gelegenheiten, gesellschaftliche Gründe habe. — Die Ernennung des Grafen Walewski zum Botschafter in London scheint sich zu bestätigen. — Fürst Sartorisky ist aus Biarritz hier eingetroffen und wird in den nächsten Tagen nach London abreisen. Der Kaiser hat ihm, dem Vernehmen nach, das Commandeur-Kreuz der Ehrenlegion verliehen, was als Antwort auf Murawiew's Decorirung gedeutet wird. — Es heißt, der gesetzgebende Körper solle der polnischen Frage wegen bereits am 25. October einberufen werden. — Ein General-Adjutant des Kaisers soll dem Vernehmen nach in einer außerordentlichen militärischen Mission nach Wien gesandt werden. — Auf der Börse, die gestern zu beruhigen sich angefangen, herrschte heute wieder eine wahre Panik. Der Grund derselben liegt in den stark verbreiteten Gerüchten über Personenwechsel, welche in unseren höchsten Regionen sehr nahe bevorstünden. Namentlich wollte man von der Wiederverwendung des Grafen Walewski überzeugt sein. Die Einen schiden ihn als Gesandten nach London, die Anderen machen ihm zum Nachfolger des Herrn Drouyn de Lhuys. Beides würde eine Wendung zu einer entschiedeneren Politik Rußlands gegenüber bedeuten; die Sendung Walewski's nach London würde überdies bezeugen, daß dieses entschiedenere Vorgehen im Einverständnisse mit England geschehen solle. Man sprach überdies von dem Wiedereintritte des Herzogs Verigny in's Ministerium des Innern, da der Kaiser auch mit der inneren Lage nicht ganz zufrieden ist. Ein wahres Glück ist es, daß die Gerüchte von Fould's Rücktritt heute wieder verstummt waren, sonst hätten wir einer schauerhaften Débauche beizohnen können.

Daß aber Angesichts der kriegerischen gewordenen Ausfichten auch von den Steuerreform-Plänen, welche man dieser Tage dem Finanzminister zugeschrieben, nicht mehr die Rede sein könne, ist sehr erklärlich.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krafsan, den 29. September.

Wie wir dem „Gzas“ entnehmen, hat der Domherr der Krafsauer Kathedrale und Decan des Domcapitels Geheimrath Gehw. Johann Schindler die Würde eines Domherrn und Decan nebst den damit verbundenen Einkünften niedergelegt, dagegen die Mogila'er Abtei beibehalten, deren Güter im Königreich Polen liegen (eine Donation des Czar Nikolaus). Außerdem bleibt Sr. Gehw. der frühere Gehalt eines Präses des Krafsauer Senats (P. Schindler war bekanntlich der letzte, der dieses Amt verwaltete nach Aufhören des Krafsauer Freistaates), so wie die an seine Person gebundene Pension, die ihm nach Schließung des Senats ausgesetzt worden. Das Motiv der Niederlegung der Domherrn-Würde soll, wie der „Gzas“ vernommen, die Aufhebung des Administrators der hiesigen Diocese gewesen sein, die kirchlichen Pflichten und Functionen zu erfüllen. Gehw. Schindler hätte als Grund, diesem nicht nachkommen zu können, seinen Krankheitszustand angegeben und die Würde eines Domherrn niedergelegt.

Die unter Dir. Blum stehende deutsche Theatergesellschaft beginnt ihre Vorstellungen im hiesigen renovirten Theatergebäude nächsten Sonnabend mit dem Birch-Weißer'schen Drama: „Ein Kind des Glücks“. — Auch Dir. A. Mikaszewski hat bereits ein Abonnement eröffnet und beginnt die polnischen Theater Vorstellungen übermorgen.

Herr Walery Wielogłowski hat dem „Gzas“ zufolge seine Demission als Mitglied des hiesigen Stadtausschusses eingebracht. Nach demselben Blatt bleiben in dem Ausschusse noch 9 Mitglieder (4 Christen und 5 Jraeliten).

Der mit dem heutigen Tage beginnende St. Michael's-Jahrmart dauert 2 Wochen bis einschließlich 12. October.

Am 26. d. verstarb hier 82 Jahre alt Hr. Adalbert Nowakowski, weiland Capellmeister im polnischen Heere von 1809.

Wie der „Dzien. nar.“ berichtet, ist aus dem Lemberger Strafgericht am 24. d. H. Kurzyha entsprungen. — Hr. Karol Szajnol, Vater des Photographen Szajnol, wurde auf freien Fuß gesetzt.

Die erste Ausgabe der Sonntagsnummer des „Dzien. nar.“ wurde wegen eines eingekalkulirten „Briefes Mazzini's an einen polnischen Anführer“ von der Lemberger k. k. Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt.

Von der Adjutanten Expedition lagen nach Angabe des Lemberger „Gzas“-Correspondenten in Brody und den umliegenden Dörfern zusammen gegen 100 Verwundete: In dem zum Spital eingerichteten Schloßhügel zu Brody 36 Schwerverwundete, in den Dörfern 40 und einige leichter Verwundete; 5 davon verstarben, die übrigen alle genasen; zwei glückliche Amputationen wurden vorgenommen.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Breslau, 28. Sept. Amtliche Notirungen. Preis für einen preuß. Scheffel d. i. über 14 Garnez in Pr. Silbergr. — 5 fr. 80. W. außer Agio: Weißer Weizen von 60 — 73. Gelber 59 — 66. Roggen 45 — 51. Gerste 33 — 39. Hafer 24 — 29. Erbsen 48 — 54. — Wintererbsen per 150 Pfund Brutto: 190 bis 210. — Sommererbsen per 150 Pfund Brutto: 160—182. Rother Kleesaamen für einen Zolcentner (891 Wiener Pf.) preuß. Thaler (zu 1 fl. 57 1/2 österr. Reichsbank) 1 fl. 57 1/2. Thaler von 12—15 Hlt. Weißer von 14—19 Thlr.

Wysienice, 25. Sept. Die heutigen Durchschnittspreise waren (in fl. österr. Währ.): Ein Morgen Weizen 3.85 — Roggen 2.35. Gerste 2. — Hafer 1.50 — Erbsen — — Bohnen — — Hirse — — Buchweizen — — Runkeln — — Grö. Apfel — 80 — 1 Kistler hartes Holz 7.40 — weiches 4.60 — Ein Zentner Butter 1. — — Heu 1.50 — Stroh 1. —.

Krafsauer Cours am 28. Sept. Neue Silber Rubel-Agio fl. p. 104 verlangt. fl. p. 103 gezahlt. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währ. fl. poln. 385 verl., 379 bez. — Preuß. Courant für 150 fl. öst. W. Thaler 904 verl., 894 bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. 1114 verl., 1104 bez. — Russische Imperials fl. 9.20 verl., fl. 9.06 bez. — Napoleon's d'ors 8.95 verl., 8.81 bez. — Vollwichtige holländ. Dufaten fl. 5.37 verl., 5.27 bez. — Vollwichtige österr. Rand-Dufaten fl. 5.37 verl., 5.28 bez. — Polnische Pfandbriefe ohne Coupons fl. p. 93 1/2 verl., 92 1/2 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst Lauf. Coup. in öst. Währ. 76 1/2 verl., 75 1/2 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst L. Coup. in öst. W. fl. 80 1/2 verl., 79 1/2 bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währ. fl. 76.50 verl., 75.50 bez. — National-Anleihe vom Jahre 1854 fl. österr. W. 82.25 verl., 81.25 bez. — Aktien der Carl Ludwigs Bahn, ohne Coupons voll eingezahlt fl. österr. Währ. 199 verl., 197 gezahlt.

Neueste Nachrichten.

Der „Gzas“ bringt folgende Wiener Depesche von heutigem Datum (früh 1 Uhr): Die „Neuesten Nachrichten“ melden als ausgemachte Sache, daß die russische Regierung erklärt habe, falls Oesterreich auch fernerhin noch zusammenhalten werde mit den Westmächten, würden die russischen Truppen in Galizien einrücken. Der „Gzas“ macht zum Schluß dieser (heutigen?) Meldung der „N. N.“ ein Fragezeichen.

Zwischen Dzialoszyce und Szkalimierz (im Krafsauchen) fand am 24. Abends ein neues Gefecht statt, über das gestern dem „Gzas“ die näheren Nachrichten fehlten, nach unsicherem Gerücht sollte dort die Abtheilung Iskra's engagirt gewesen sein, die Concentrirung russischer Streitkräfte nach Dzialoszyce, wo am 24. Gzengier und Gawrylow angekommen, habe wahrscheinlich diese Expedition gegen Szkalimierz im Auge gehabt. In Betreff der im „Russ. Zwal.“ vom 19. d. publicirten Auszüge aus den Rapporten Oberst Jolszys's und Major Sternberg's über ihre Operationen im Lublinschen fest der „Gzas“ der Hauptung, es seien dort Gzadowski's und Walsigorski's Abtheilungen geschlagen worden, die seinige entgegen, daß es Corps von Gzadowski und Walsigorski weber damals (31. August) im Lublinschen gegeben habe, noch solche heute dort seien. Ueber neue kleine Scharmügel in der Gegend von Konin (Kalisch) am 18. und 19. d. fehlten die näheren Nachrichten.

Ueber das Gefecht bei Drozejowice zwischen Dzialoszyce und Szkalimierz (im Krafsauchen) vom 24. d. hat der „Gzas“ heute nähere Nachrichten. Die Abtheilung Iskra's hatte hier mit dem um etliche Male an Zahl überlegenen Corps des Gen. Gzengier (aus Kielce) und Majors Gawrylow (aus Proszowice) zu kämpfen. Nach einem Verlust von 50 Todten und Verwundeten habe sich Iskra in Ordnung zurückgezogen und an Stelle Iskra's wahrscheinlich bereits ein anderer Officier das Commando übernommen; der Verlust der Russen sei bedeutend. Die

russischen Corps trennten sich nach dem Kampfe, Gawrylow kehrte nach Proszowice zurück.

Im Sieradzer Kr. (Kalisch) fielen am 18. und 19. d. nach dem heutigen „Gzas“ kleine aber günstige Scharmügel vor. Am 18. habe Rittmeister Wiskiewicz die russische Garnison in der Stadt Sieradz alarmirt und 7 Soldaten gefangen genommen; erst nach seiner Entfernung rückten die Russen aus der Stadt und begannen ein Kanonenfeuer nach der Gegend, aus der er längst abgezogen. Ein kleines Scharmügel bei Wiesz Koscielnia vom 21. d. zwischen einem kleinen polnischen Reitertrupp und Kosaken habe damit geendigt, daß letztere nach Verlust etlicher sich durch die Flucht retteten.

Wie der „Gzas“ aus Wien erfährt, wurde dem Grafen Adam Grabowski, der, wie erwähnt, nicht an Preußen ausgeliefert, sondern internirt werden soll, die Festung Kufstein zum Aufenthaltsort angewiesen. Am 24. wurde er auf Ehrenwort freigelassen mit der Erlaubniß, sich in Wien bis 29. d. wegen Consultirung der Aerzte aufhalten zu dürfen, denn in Folge der 12wöchentlichen engen Haft habe seine Gesundheit stark gelitten.

Aus Warschau wird dem „Gzas“ der den erwähnten Rapport Skowronski's ergänzende Bericht Szumanski's über das Gefecht bei Gajowka und Datkowo vom 10. d. zugesandt. Beide Anführer beklagen sich bitter einer über den andern und unterscheiden sich etwas in der Schilderung der Vorfälle; die Rapporte der Civilbehörden und die öffentliche Stimme klagt Skowronski an. Bemerkenswerth ist der Schluß dieses zweiten Rapportes. Szumanski griff, als er die Schützen, von dem Gros verlassen und der ganzen russischen Reiterei umringt, den Rückzug beginnen sah, ohne den Befehl des nach eigenem Plan sich gegen Datkowo zurückziehenden Skowronski abzuwarten, an der Spitze der Schwadron Sokolowski's die russischen Husaren an, die jedoch dem Andrang der Uebermacht nicht Stand hielt und ebenfalls in Verwirrung zu gerathen und sich zurückziehen begann. „Niemand“, heißt es nun schließlich, „wußte, wo Skowronski zu suchen, die demoralisirte Truppe zog sich ohne Ordnung und ohne auf meine Vorstellungen zu achten, zurück. Mit der gesammelten Abtheilung stieß ich zu Oberst Matusiewicz; Fourgons, Waffen und verschiedenes Geräth rettete ich ebenfalls. Gegen 100 Schützen nebst Waffen und Geräthschaften übergab ich an Major Skisinski.“

Die Angaben der „NPZ.“, der „Nordd. Z.“ u. a. über Entdeckung von Druckereien, Waffenniederlagen u. in den Warschauer Klöstern nennt der „Gzas“-Correspondent ein improvisirtes Märchen. Am 24. d. hätten, wie derselbe aus Warschau weiter meldet, russische Soldaten einen Milizsoldaten auf der Leszno-Straße getödtet, am 25. ein Offizier einen anderen Milizsoldaten in dem Bierhause der Trebaskastr. in Stücke gehauen. Solche blutige Zusammenstöße zwischen den russischen Soldaten und den Polizeibeamten sollen täglich vorkommen.

Ein aus Berlin, 27. September, datirtes Telegramm der „Neuesten Nachrichten“ meldet: Nach Warschauer Berichten läßt Berg alle Kirchen revidiren und die in den Souterrains derselben befindlichen irdischen Hülsen katholischer Priester auf die Kirchhöfe schaffen.

Nach einem Telegramm der „Neuesten Nachrichten“ aus Paris, 27. September, hat der Papst die Bischöfe der ganzen katholischen Christenheit eingeladen, Gebete an die heilige Jungfrau, die Schutzheilige der Polen, abhalten zu lassen. Der Erzbischof von Paris hat die Gebete dem „Invito sacro“ gemäß bereits angeordnet.

In den Blättern, schreibt die „G.-C.“, ist bereits von Vorschlägen die Rede, welche dem österreichischen Cabinet von Seiten Frankreichs oder Englands in Bezug auf ein weiteres Vorgehen in der polnischen Frage zugekommen seien. Wir bezweifeln aber, daß die Sachlage bereits so weit geklärt ist, um Veranlassung zu bieten, von mehr oder weniger bestimmt formulirten Vorschlägen zu reden, geschweige denn, daß deren Inhalt bereits bekannt sein könnte. Alles was hierüber gesagt wird ist daher auf Conjecturen zurückzuführen, welche ihrerseits wieder auf den in französischen Blättern ausgesprochenen Vermuthungen beruhen.

Innsbruck, 27. September. Se. k. k. Erzherzog Karl Ludwig besuchten heute das Margarethinum, Mittags begann das Volksfest am Hirchganger. Des Abends begab sich eine große Volksmenge zum Bahnhofe, um die erwartete Wiener Deputation zu begrüßen. Dieselbe langte jedoch mit dem Abendtraine nicht an. Se. k. k. Hofschienen während der Vorstellung im überfüllten Theater und wurden mit enthusiastischen Hochrufen empfangen. Die Volkshymne mußte wiederholt werden.

Kopenhagen, 27. September. Sicherem Vernehmen nach wird dem Reichsrath in einer der ersten Sitzungen der Vorlag eines Grundgesetzes für Dänemark und die schleswigsche Angelegenheit vorgelegt werden.

London, 28. September. („Gzas.“) Bei dem Festmahl in Clairgow (Glasgow?) in Schottland sagte Lord Russell, daß da Rußland die Bedingungen der Verträge Betreffs Polens gebrochen, den Rechts-titel zu dessen Besitz verloren habe. „Morning Post“ spricht von der Anerkennung Polens.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 28. September.

Angekommen sind, die Herren Gutsbesitzer: Gustav Dabiski aus Polen; Ludwig Jablonski, aus Ryegow; Johann Janakowski, aus Polen; Johann v. Roznowski, Appellations-Richter, aus Polen.

Abgereist sind, die Herren Gutsbesitzer: Eduard Homolacz, nach Galizien; Constantin Kiernicki, nach Trepstal; Eduard Mikaszewski, nach Galizien; Alexander Potocki, nach Lemberg.

